



Der Landeswahlleiter

4634/2021  
THÜRINGEN

Der Landeswahlleiter Thüringen · Postfach 90 01 63 · 99104 Erfurt

Thüringer Landesamt für Statistik

Büro des Landeswahlleiters

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t

7 / 1054

zu Dis. 7/2043

..... J. F. K. A .....  
vorab per E-Mail  
poststelle@thueringer-landtag.de

(bei Antwort bitte angeben)

Erfurt, 22.02.2021

Seitenanzahl: 8

### Stellungnahme

zu dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/1590) zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung (ThürVorNWVG 2021), Drucksache 7/2043 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Änderungsantrag. Am 14.01.2021 wurde von den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU ein Protokoll unterzeichnet, in dem u.a. die vorgezogene Neuwahl des Thüringer Landtags auf den 26. September 2021, gemeinsam mit der Bundestagswahl, terminiert wird.

Gemäß Artikel 50 Absatz 2:

(2) Die Neuwahl wird vorzeitig durchgeführt,

1. wenn der Landtag seine Auflösung mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder beschließt,
2. wenn nach einem erfolglosen Vertrauensantrag des Ministerpräsidenten der Landtag nicht innerhalb von drei Wochen nach der Beschlussfassung über den Vertrauensantrag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat.

Über den Antrag nach Nummer 1 darf frühestens am elften und muss spätestens am 30. Tag nach Antragstellung offen abgestimmt werden. Die vorzeitige Neuwahl muss innerhalb 70 Tagen stattfinden.“

Um am 26. September 2021 eine Landtagswahl in Thüringen durchführen und damit auch die 70-Tage-Frist einhalten zu können, müsste sich der Thüringer Landtag Mitte Juli 2021 mit einer 2/3 Mehrheit auflösen.

Postanschrift: Postfach 90 01 63  
99104 Erfurt  
Hausanschrift: Europaplatz 3  
99091 Erfurt

Telefon: 0361 57331-9120  
Telefax: 0361 57331-9691

Die angegebenen E-Mail-Adressen dienen nicht dem Empfang von elektronischen Dokumenten mit qualifizierter elektronischer Signatur.

Bevor ich detailliert zu den rechtlichen und wahlorganisatorischen Aspekten Stellung beziehe, möchte ich zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zur vorliegenden Drucksache ausführen. Mit der Festlegung des Wahltermins auf den 26. September 2021 haben sich die Rahmenbedingungen für die Landtagswahl geändert, welche eine Harmonisierung für die einzelnen Phasen der Wahlvorbereitung und -durchführung nach sich ziehen.

Die betrifft u.a.

- das Bewerberaufstellverfahren
- die Wahlzeit
- die Infektionsschutzmaßnahmen
- die Maßnahmen zu Ordnung und Sicherheit
- das Terminreglement.

Der vorliegende Änderungsantrag trägt dem Harmonisieren bzgl. der Wahlorganisation vollumfänglich Rechnung, lässt jedoch m.E. bei § 9 noch Diskussionsbedarf mit der Ebene des Bundes erkennen.

Den Schutz von Leib und Leben und damit der gesundheitlichen Unversehrtheit auch in Pandemiezeiten für alle an der Wahl Beteiligten (Parteimitglieder, Wahlorgane, Gemeindeverwaltungen, Wähler) muss auch weiterhin m.E. bei der Bewertung der Vorbereitung und Durchführung höchste Priorität eingeräumt werden. Durch das Eröffnen weiterer Möglichkeiten im Bewerberaufstellverfahren, abweichend von den derzeit gültigen Parteisatzungen, wird diesem Aspekt allumfassend Rechnung getragen.

Nachfolgend nehme ich zu den einzelnen Änderungsvorschlägen, welche ebenfalls mit den Kreiswahlleitern (Anlage 1) abgestimmt wurden, wie folgt Stellung:

#### **Zu Artikel 1 § 1      Feststellung einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite**

Einverstanden

Für die Parteien wurde eine größtmögliche Flexibilität (Gestaltungsspielraum) bei der Organisation der Bewerberaufstellverfahren unter Pandemiebedingungen geschaffen, jedoch stets bei strikter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze und der Bestimmungen des Parteiengesetzes.

Möglich sind demnach:

- a) Präsenzveranstaltungen, wenn es die COVID Verordnungen/Regeln gestatten
- b) Versammlungen mit elektronischer Kommunikation (§ 4) mit schriftlicher Bestätigung (§ 5)

#### **Zu Artikel 1 § 2      Anzahl der Unterstützungsunterschriften**

Die Ausführungen im § 2 beziehen sich auf das Absenken der Unterstützungsunterschriften bei der Wahl des Landtags im Jahr 2021 in den Fällen

des § 22 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 ThürLWG auf 100 und

des § 29 Abs. 1 Satz 2 ThürLWG auf 400.

Die Festlegung der Anzahl (100 bzw. 400) obliegt dem Gesetzgeber, weshalb ich mich aus Gründen der Neutralität als Landeswahlleiter nur grundsätzlich äußere.

Ich stimme daher der Absenkung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften zu.

Durch das Absenken sehe ich darüber hinaus auch eine Reduktion des Aufwands in den Einwohnermeldebehörden bei der Bestätigung der Wahlberechtigung der Unterstützer und der Minimierung der hohen Arbeitsspitzen in den Gemeinden auf Grund der Vorbereitung der Ziehung der Wählerverzeichnisse, des Versands der Wahlbenachrichtigungen und der personellen Absicherung von zwei Wahlen an einem Wahltag.

Anmerkung: M.E. muss im Gesetz eindeutiger klargestellt werden, ob die Bestimmung (Absenken der Unterstützungsunterschriften gem. § 2 auf 100 bzw. 400) seine Gültigkeit auch bei „nur“ vorgezogenen Neuwahlen ohne andauernde epidemische Lage behält.  
Da Artikel 1 § 1 Satz 3 die Nichtanwendung dieses Gesetzes (einschl. § 21) von der epidemischen Lage abhängig macht, sehe ich hier Klärungsbedarf (Rechtssicherheit).

Vorschlag: Sollte das Absenken der Unterstützungsunterschriften auch für vorgezogene Neuwahlen ohne andauernde epidemische Lage gelten, schlage ich eine Aufnahme in das Thüringer Landeswahlgesetz (analog anderer Bundesländer) vor.

**Zu Artikel 1 § 3      Möglichkeit zur Abweichung von Bestimmungen des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung sowie der Satzungen der Parteien**

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen

**Zu Artikel 1 § 4      Versammlungen mit elektronischer Kommunikation**

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen  
1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

**Zu Artikel 1 § 5      Schriftliches Verfahren**

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen  
1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

**Zu Artikel 1 § 6      Schlussabstimmung**

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen

1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

**Zu Artikel 1 § 7      Anlagen, Prüfung durch Wahlorgane**

Einverstanden mit Gesetzestext

Ergänzung der Anlagen 1 und 2 wie folgt durch Versicherung an Eides Statt, dass:

- ☐ das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten
- ☐ das Vorstellungsrecht der Bewerber
- ☐ die Möglichkeit der Kommunikation der Teilnehmer

sichergestellt wurden und dass

- ☐ bei der Schlussabstimmung nur Stimmberechtigte in geheimer Wahl teilgenommen haben, sowie
- ☐ alle stimmberechtigten Parteimitglieder rechtzeitig über die Veränderung bzgl. der Bewerberaufstellung informiert wurden.

☐ → durch ankreuzen;

Gegebenenfalls könnte die Versicherung noch ergänzt werden, um die Möglichkeit hierzu ergänzenden Angaben zu machen, etwa, dass hierzu „insbesondere Maßnahmen durchgeführt wurden ...“

**Zu Artikel 1 § 8      Wahlzeit, Schluss der Wahlhandlung**

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen und meine Stellungnahme zur DS 7/2043

1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

Anmerkung: Die Aufnahme von Artikel 3 „§ 56 Schluss der Wahlhandlung“ wird begrüßt und trägt zur Rechtssicherheit bei den Wahlvorständen bei.

**Zu Artikel 1 § 9      Verordnungsermächtigung, Vorrangklausel**

Absatz 1: Einverstanden

Absatz 2: Anmerkungen

Im neuen § 9 Abs. 2 wird festgeschrieben, dass bei einer gleichzeitigen Durchführung von Landtags- und Bundestagswahlen, für bestimmte Bereiche die Bestimmungen des Bundes und die Hinweise des

Bundeswahlleiters vorgehen. Ich halte es zwar für zulässig, unstrittig und nachvollziehbar, dass insoweit Bundesrecht dem Landeswahlrecht vorgeht bzw. in das Landeswahlrecht integriert wird. Allerdings gilt dies nicht für Hinweise des Bundeswahlleiters, welche im Wesentlichen empfehlenden Charakter gegenüber den unabhängigen Wahlorganen aufweisen dürften. Ich rate daher dringendst dazu, die nach meiner Auffassung rechtlich fragwürdige Regelung im Änderungsantrag der Fraktionen zu streichen, zumal zukünftig Hinweise des Bundeswahlleiters (auf der Grundlage der auch in Thüringen geltenden Regelungen) auch von Seiten des Landeswahlleiters übernommen und als eigene Hinweise den Wahlorganen zur Verfügung gestellt werden können.

**§ 9 Abs. 2** bedarf m.E. einer abschließenden Klärung mit dem BMI und dem Bundeswahlleiter. „Doppelstrukturen und unklare Weisungslinien“ sind bei ca. 3.000 Wahlvorständen mit 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern nicht zu vertreten.

Bei den bisher gemeinsam durchgeführten Wahlen auf Bundes- und Landesebene an einem Wahltag trugen die Thüringer Wahlorgane (Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter, Gemeindevwahlleiter, Wahlvorstände) in enger Abstimmung mit dem Bund auf der Ebene „Thüringen“ die Verantwortung. Als ein Beispiel füge ich die Handreichung des Landeswahlleiters zur Ordnung und Sicherheit in den Wahlräumen (Anlage 2) bei. Diese Handreichung wurde z.B. mit der Thüringer Polizeidirektion abgestimmt und hat sich nebst Anlage mit telefonischen Erreichbarkeiten je Wahlkreis

- Kreiswahlleiter
- Polizeidirektion
- Polizeidienst

vollumfänglich bewährt. In Analogie ist ebenfalls das als Entwurf beigefügte Hygienekonzept (Anlage 3) zu sehen, welches zur Zeit mit dem Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie weiter präzisiert wird.

#### **Zu Artikel 2 § 8 ThürLWG      Wahlleiter und Wahlausschüsse**

Einverstanden; mit Verweis auf meine Stellungnahme zur Drucksache 7/2043 (insb. Abschnitt 2)

#### **Zu Artikel 3 § 56 ThürLWG      Schluss der Wahlhandlung**

Einverstanden; mit Verweis auf meine Stellungnahme zur Drucksache 7/2043

#### **Zu Artikel 4      Inkrafttreten**

Einverstanden

Abschließend möchte ich noch auf weitere Aspekte hinweisen:

### I. Änderung Anlage 5 zu § 24 ThürLWO - Wahlschein

Der Briefwähler versichert:

*„Ich versichere gegenüber dem Kreiswahlleiter/der Verwaltungsbehörde des Kreises/der mit der Durchführung der Briefwahl betrauten Gemeindebehörde an Eides statt, dass ich den beigegeführten Stimmzettel persönlich – als Hilfsperson<sup>4)</sup> gemäß dem erklärten Willen des Wählers – gekennzeichnet habe.“*

Vorschlag:

Ich rege an, dass diese Erklärung an Eides Statt durch die Formulierung

**„persönlich, ohne Zwang und unter Einhaltung des Wahlheimnisses“**  
erweitert wird.

Diese Erweiterung wurde in der Anhörung u.a. auch vom Bundeswahlleiter a.D., Herrn Hahnen, und anderer Anzuhörender unterstützt.

### II. Tragen der Mund-Nase-Bedeckung

Das Tragen der Mund-Nase-Bedeckung stellt ein unverzichtbares Element zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes in Pandemiezeiten dar.

Ich bitte deshalb Sorge dafür zu tragen, dass in dem Gesetz bzw. einschlägigen Verordnungen diesbezüglich klare und eindeutige Regelungen für alle Phasen und Abschnitte der Wahl getroffen werden, insbesondere

- Wahlbewerberaufstellung
- Sitzungen der Wahlorgane
- Verhalten am Wahltag
  - vor und im Wahlraum
  - beim Identitätsnachweis
  - bei Wahlbeobachtung, insbesondere nach 18 Uhr

Alle Fragen, u.a. der Umgang im Wahllokal mit „Maskenverweigerungen“ sind im Vorfeld rechtlich zu bewerten und entsprechend z.B. in den Verordnungen zu fixieren.

### III. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, **primär** nicht gegeben sein wird.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls geboten.

#### IV. Bereitstellung von Wahlräumen durch die Gemeindeverwaltungen

Zur Absicherung einer Wahl werden ca. 3.000 Lokationen (Urnen-, Briefwahllokale) benötigt. Bei der Bewertung der Durchführbarkeit muss zwingend auch die **Raumgröße/-kapazität unter pandemischen Aspekten** Berücksichtigung finden.

Der Wahlvorstand besteht aus bis zu 9 ehrenamtlich tätigen Bürgern. Setzt man, wie in der Vergangenheit bei COVID-Verordnungen bereits praktiziert, bestimmte Vorgaben, zum Beispiel 10 m<sup>2</sup>/Person in öffentlichen Räumen an, so müssten für den Wahltag Wahlräume von den Gemeinden bereitgestellt werden, die unter Umständen, nach Informationen der Kreiswahlleiter, tatsächlich nicht bereitgestellt werden könnten. Zusätzliche Mietkosten für nichtöffentliche Lokalitäten wären die Folge.

§ 42 Absatz 1 ThürLWO macht hierzu folgende Aussagen:

##### **„§ 42**

##### **Wahlräume**

- (1) *Die Gemeinde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. **Soweit möglich**, stellen die Gemeinden **Wahlräume in Gemeindegebäuden** zur Verfügung. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere behinderten und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung die Teilnahme an der Wahl **möglichst erleichtert** wird. Die Gemeinden teilen frühzeitig und in geeigneter Weise mit, welche Wahlräume **barrierefrei sind**.*

Die **Auszählung** ist **öffentlich**; Wahlbeobachter sind somit erwünscht und rechtlich zugelassen. Ich verweise vorsorglich darauf hin, dass hier, auf Grund der **Größe von Wahlräumen**, ein schon jetzt vorhersehbares Konfliktpotenzial in Verbindung mit den Infektionsschutzregeln vorprogrammiert sein könnte.

Ich halte Klarstellungen in der Thüringer Landeswahlordnung für hilfreich, um unnötigen Diskussionen bzw. Vorfällen entgegenzutreten (Abstandsregeln, Meterzahl zu Wahltschen, Begrenzung).

#### V. Kostenerstattung für Maßnahmen zum Infektionsschutz

Zum Schutz von Leib und Leben der 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer, der 1,7 Mio Wähler, der Gemeindebediensteten sowie weiterer an der Wahl involvierten Bürgern sind gemäß dem Hygienekonzept entsprechende Beschaffungsmaßnahmen in den Gemeinden zu tätigen.

Sämtliche Kosten für diese Hygienemaßnahmen sind vom Land zu erstatten.

Regelungen mit dem Bund (Übernahme zu 50 % der anfallenden Kosten durch die Bundestagswahl) sind im Vorfeld der Wahl am 26. September 2021 zu treffen.

#### **VI. Anpassung Artikel 1 § 7 Absatz 2**

Auf Grund der Ergänzung von Anlage 1 und Anlage 2 ist m.E. eine redaktionelle Änderung in § 7 Absatz 2 zu überdenken.

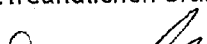
#### **VII. Optimierung der Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020**

Durch die Zusammenlegung der Termine von Bundes- und Landtagswahl sollte die Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020 auf Optimierungsmöglichkeiten für die Landtagswahl geprüft werden.

Nach einer ersten Prüfung ergibt sich mindestens ein Termin, der in o.a. Verordnung zu ändern wäre. Diese Änderung bzw. Änderungen haben keine Auswirkungen auf das vorliegende Gesetzesvorhaben.

Die unter I. – VII. angesprochenen Thematiken wurden in zahlreichen Gesprächen und Abstimmungsrunden auch seitens der Kreiswahlleiter angesprochen und bedürfen einer einheitlich abgestimmten Verfahrensweise.

Mit freundlichen Grüßen



- Anlage 1: Stellungnahmen der Kreiswahlleiter zum Änderungsantrag
- Anlage 2: Merkblatt zur Ordnung in den Wahlräumen anlässlich der Landtagswahl 2019
- Anlage 3: Entwurf eines Hygienekonzepts für Wahlräume



**Stellungnahmen der Kreiswahlleiter zur Wahl des 8. Thüringer Landtags  
zum Änderungsantrag des Gesetzentwurfs ThürVorNWDG2021**

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 1: Eichsfeld I WK 2: Eichsfeld II	- keine zusätzlichen Änderungen
WK 3: Nordhausen I WK 4: Nordhausen II	- keine Anmerkungen
WK 5: Wartburgkreis I WK 6: Wartburgkreis II/Eisenach WK 7: Wartburgkreis III	- Hygieneschutzkonzept sollte für alle Gemeinden als einheitliches Muster zur Verfügung gestellt werden
WK 8: Unstrut-Hainich-Kreis I WK 9: Unstrut-Hainich-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anlagen 14 und 20 ThürLWO (Niederschriften zur Aufstellung von Parteibewerbern) sollten auf neue Situation angepasst werden</li> <li>- Änderung im Artikel 1 § 7 Absatz 2  <i>"Haben die Parteien die Bewerber in Verfahren gemäß §§ 4 oder 5 aufgestellt, haben sie bei der Einreichung der Wahlvorschläge die Gewährleistung der Grundsätze des § 4 Absatz 2 und § 5 Absatz 2 sowie bezüglich der Schlussabstimmung der Geheimheit der Wahl durch Beifügung einer Erklärung nach dem Muster der Anlagen 1 und 2 nachzuweisen und durch eine Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmte Teilnehmer glaubhaft zu machen."</i> </li> <li>- gesetzliche Regelung zur vollständigen Kostenübernahme</li> </ul>
WK 10: Kyffhäuserkreis I WK 11: Kyffhäuserkreis II	- keine Anmerkungen
WK 12: Schmalkalden-Meiningen I WK 13: Schmalkalden-Meiningen II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 14: Gotha I WK 15: Gotha II	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zusammenlegung nachfolgender Termine wird als möglich angesehen               <ul style="list-style-type: none"> <li>o Stichtag für die Eintragung ins Wählerverzeichnis vom 35. auf den 42. Tag</li> <li>o Druck und Versand der Wahlbenachrichtigungen ab dem 41. Tag</li> <li>o Bekanntmachung zur Auslegung der Wählerverzeichnisse vom 31. auf den 24. Tag</li> </ul> </li> </ul>
WK 16: Sömmerda I/Gotha III WK 17: Sömmerda II	- keine Einwände
WK 18: Hildburghausen I/ Schmalkalden-Meiningen III	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 19: Sonneberg I WK 20: Hildburghausen II/Sonneberg II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 21: Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 22: Ilm-Kreis I WK 23: Ilm-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klarstellung zum Rechtsbegriff „... oder aus platzgründen davor (vor dem Wahlraum) befinden ...“ (§ 8 Satz 2)</li> <li>- Erstellen eines landesweiten Musterhygienekonzepts</li> <li>- Durchführung einer generellen Briefwahl</li> <li>- Kostenübernahmeregelungen fehlen</li> </ul>
WK 24: Erfurt I WK 25: Erfurt II WK 26: Erfurt III WK 27: Erfurt IV	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermächtigung bzgl. des Infektionsschutzes durch Rechtsverordnung sollte verpflichtend sein</li> <li>- Regelung zur Wahlkostenerstattung fehlt!</li> <li>- Erhöhung der Wahlhelferentschädigung fehlt, evtl. Zahlung coronabedingter Zuschläge</li> </ul>
WK 28: Saalfeld-Rudolstadt I WK 29: Saalfeld-Rudolstadt II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 30: Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III WK 31: Weimar I/Weimarer Land II	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zahl der Unterstützungsunterschriften sollte wie im Gesetzentwurf bei 125 bzw. 500 belassen werden</li> <li>- Schluss der Wahlhandlung um 18 Uhr wird begrüßt; eine Verlängerung erzielt nicht den gewünschten Effekt der Wahlentzerrung</li> <li>- Infektionsschutzgesetz durch Land vorzusehen, lediglich örtliche Gegebenheiten sind anzupassen</li> </ul>
WK 32: Weimar II	- keine Äußerung
WK 33: Saale-Orla-Kreis I WK 34: Saale-Orla-Kreis II	- keine Äußerung
WK 35: Saale-Holzland-Kreis I WK 36: Saale-Holzland-Kreis II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 37: Jena I WK 38: Jena II	<ul style="list-style-type: none"> <li>- grundsätzliche Festlegung einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite wird z.K. genommen</li> <li>- Wahlzeitende 18 Uhr wird begrüßt</li> <li>- Möglichkeit der Abholung der Briefwahlunterlagen sollte an Inzidenz gebunden werden → landeseinheitliche Regelung</li> </ul>

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
<b>WK 39: Greiz I</b> <b>WK 40: Greiz II</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Forderung zur vollumfänglichen Erstattung der Kosten für die vorgezogene Landtagswahl → klare verbindliche Finanzierungszusagen</li> <li>- Schaffung finanzieller Anreize für Wahlhelfer</li> <li>- Herabsetzung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften wird als „falscher Anreiz“ gesehen</li> </ul>
<b>WK 41: Gera I</b> <b>WK 42: Gera II</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- keine sachlichen Einwände</li> </ul>
<b>WK 43: Altenburger Land I</b> <b>WK 44: Altenburger Land II</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Befürwortung der Herabsetzung der Zahl der Unterstützungsunterschriften</li> <li>- Präferierung einer reinen Briefwahl im Pandemiefall</li> <li>- evtl. Erweiterung der Wahlzeit 6-20 Uhr</li> </ul>



Anlage 2

**Merkblatt zur Ordnung in den Wahlräumen  
anlässlich der Landtagswahl 2019**

Der Wahlvorstand trägt die Verantwortung für Ruhe und Ordnung im Wahlraum. Er übt für die Zeit der Wahl das Hausrecht über die genutzten Räumlichkeiten aus. Der Wahlvorstand kann Personen, die die Ordnung und Ruhe stören, aus dem Wahlraum verweisen.

**Bedarf der Wahlvorstand zur Durchsetzung seines Hausrechts polizeilicher Hilfe, so ist diese bei Dringlichkeit über den Notruf 110 bzw. bei der nächsten Polizeidienststelle (siehe Rückseite) anzufordern.**

Bei willentlichen Zuwiderhandlungen gegen das Hausrecht des Wahlvorstandes sollte Strafanzeige erstattet werden.

Neben der Abwehr von Gefahren für Leib und Leben stehen der Schutz der Wahlurne, der Wählerlisten, der Stimmzettel und sonstiger Wahlunterlagen im Vordergrund polizeilicher Aufgabenwahrnehmung.

Während der Wahlzeit sind in und am Gebäude, in dem sich das Wahllokal befindet, sowie im Umkreis von etwa 100 m vor den unmittelbaren Zugängen jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild und Unterschriftensammlung unzulässig (§ 33 Absatz 1 Thüringer Landeswahlgesetz).

Bei Feststellen von Straftaten oder verdächtigen Wahrnehmungen ist unverzüglich die nächste Polizeidienststelle zu verständigen und das weitere Vorgehen abzustimmen. Der Tatort sollte bis zum Eintreffen der Polizei nicht verändert werden. In diesem Sinne sollte vor Öffnung der Wahllokale ein Kontrollgang durch und um das Gebäude erfolgen.

Die Dienstkräfte der Thüringer Polizei werden am Wahltag auf Grund der gebotenen Neutralität im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung zurückhaltende Präsenz im Umfeld der Wahllokale zeigen. Soweit nicht zur Durchführung polizeilicher Maßnahmen zwingend erforderlich, werden in den Wahllokalen keine Dienstkräfte der Thüringer Polizei anwesend sein.

Die örtlichen Polizeidienststellen sind angewiesen am Wahltag mit den örtlichen Wahlvorständen unmittelbar Kontakt aufzunehmen und bei Erfordernis Absprachen zur Gestaltung der Sicherheit und Ordnung in den Wahllokalen zu treffen.

Für Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte im Rahmen der Wahlvorbereitung an die örtlichen Ansprechpartner. Dies sind entweder der Kreiswahlleiter oder die Thüringer Polizei.

**Bei medizinischen oder sonstigen Notfällen wenden Sie sich an die Rettungsleitstelle über den Notruf 112.**

Ihr Landeswahlleiter

Ihre Thüringer Polizei



## **Entwurf**

### **Wahl zum 8. Thüringer Landtag am Sonntag, den ..... Hygienekonzept für Wahlräume (Stand: 1. September 2020)**

Am Sonntag, dem ....., sollen die Abgeordneten des 8. Thüringer Landtags gewählt werden. Die Wahlberechtigten haben die Möglichkeit, ihre Stimmen per Wahlschein oder persönlich an der Urne in den jeweiligen Wahlräumen abzugeben. Angesichts der bestehenden Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung der Gesundheit dürfen die Gewährleistung des Öffentlichkeitsprinzips sowie die Ausübung des Wahlrechts nicht in unzulässiger Weise beeinträchtigt werden. Vor diesem Hintergrund werden den die Wahl durchführenden kommunalen Gebietskörperschaften sowie den Wahlvorständen folgende Empfehlungen gegeben, die im Einzelfall ggf. konkretisiert werden müssen.

#### **I. Wahlraum**

Insbesondere zur Sicherstellung des Öffentlichkeitsprinzips, aber auch zur effizienten Durchführung der Wahlhandlung sind (möglichst) große Wahlräume auszuweisen. Damit ist der Zutritt von „Jedermann“ in größtmöglichem Umfang sichergestellt. Insoweit muss – gegenüber früheren Wahlen – ggf. ein Ausweichen in andere, größere Wahlräume ins Auge gefasst werden.

#### **II. Zugang**

Der Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlhandlung verantwortlich. Gleichzeitig hat er auch für die Ordnung im Wahlraum zu sorgen. Angesichts der im Folgenden dargelegten Zugangsregelungen ist eine Unterstützung des Wahlvorstandes durch eine (weitere) Hilfsperson angeraten. Denn es ist erforderlich, den Zugang zum Wahlraum zu ordnen.

1. Der Zugang zu den Wahlräumen ist nur unter Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Meter zu anderen Personen erlaubt (Abstandsgebot). Insoweit sind vor dem Zugang Maßnahmen zur Steuerung des Zutritts z.B. durch Anbringen von gut sichtbaren Abstandsmarkierungen im Abstand von mindestens 1,5 Metern zu ergreifen.
2. Der Wahlvorstand (oder die Hilfsperson) hat durch Zutrittsbeschränkung zu gewährleisten, dass sich nur so viele Stimmberechtigte gleichzeitig in den Wahlräumen aufhalten wie Stimmabgabemöglichkeiten (Wahlkabinen) vorgesehen sind. Nach der Stimmabgabe sollen die Wahlberechtigten den Wahlraum zügig verlassen, es sein denn, sie wollen die Wahlhandlung beobachten.
3. Möchten Wahlbeobachter den Wahlraum betreten, haben sie dies dem Wahlvorstand anzuzeigen. Ihnen wird ein Freiraum mit Abstandswahrung zugewiesen. Der Freiraum hat eine Beobachtung der Wahlhandlung sowie der späteren Auszählung und Ergebnisermittlung zu gewährleisten.
4. Im Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie im Wahlraum selbst gilt grundsätzlich die Maskenpflicht.

### **III. Wahlhandlung**

1. Auch in den Wahlräumen ist der Abstand von mindestens 1,5 Metern pro Person sicherzustellen, soweit die jeweils geltende Corona-Bekämpfungsverordnung keine andere Regelung trifft. Maßnahmen zur Wahrung des Abstandsgebotes sind zu treffen, so z.B. angemessen ausgeschilderte Wegekonzepte möglichst mit Einbahnregelungen.  
Das Abstandsgebot von mindestens 1,50 Meter gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstands untereinander.
2. Die Zahl der gleichzeitig anwesenden Mitglieder des Wahlvorstandes sollte auf die erforderliche Mindestanzahl reduziert werden (s. § 5 ThürLWO).

### **IV. Ergebnisermittlung**

1. Die Ergebnisermittlung ist öffentlich, jedermann hat Zutritt. Für die Öffentlichkeit gilt grundsätzlich während der Ergebnisermittlung das unter Ziffer I.1 genannte Abstandsgebot sowie die unter Ziffer I.2 genannte Maskenpflicht, soweit die jeweils geltende Corona-Bekämpfungsverordnung keine andere Regelung trifft.
2. Der Zugang von Wahlbeobachtern kann beschränkt werden, wenn dadurch die Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können und somit der Wahlvorstand gesundheitlichen Risiken ausgesetzt würde. Die Durchführung der Wahlhandlung und die Ergebnisfeststellung dürfen nicht eingeschränkt oder unmöglich gemacht werden.

### **V. Organisation**

1. Die Kontaktdaten aller Personen, die an der Wahlhandlung im Wahllokal beteiligt sind, ergeben sich
  - a) hinsichtlich des Wahlvorstandes aus der im Wahlraum zu fertigenden Wahl Niederschrift,
  - b) hinsichtlich der Wählerinnen und Wähler durch den Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis.
2. Die Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) sonstiger im Wahlraum anwesenden Personen („Wahlbeobachter“ im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips) sind unter Angabe der Anwesenheitszeiten vom Wahlvorstand zu erheben. Die erhobenen Daten werden mit den Wahlunterlagen der zuständigen Gemeindeverwaltung übergeben; sie sind unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen für eine Frist von einem Monat aufzubewahren; nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten unverzüglich zu löschen.

## **VI. Besondere Hygienemaßnahmen**

1. Für die Mitglieder der Wahlvorstände sind andere geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen (z.B. Trennscheiben [Spuckschutz]) – vgl. Ziffer II.1). Verlassen die Mitglieder des Wahlvorstandes den Bereich hinter den Trennscheiben, so besteht die Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Naseschutzes. Dem Wahlvorstand sind Schutzhandschuhe zur Verfügung zu stellen.
2. Alle Personen müssen sich vor dem Betreten des Wahlraums die Hände desinfizieren. Geeignete Desinfektionsspender sind vorzuhalten.
3. Die geltenden Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln (inkl. der allgemeinen Regeln des Infektionsschutzes wie „Niesetikette“, Einordnung von Erkältungssymptomen etc.) sind durch geeignete Hinweisschilder kenntlich zu machen.
4. Es sind gezielte Maßnahmen zu treffen, um die Belastung der Wahlräume sowie der Zugangsbereiche mit Aerosolen zu minimieren. Alle Räumlichkeiten sind ausreichend zu belüften.
5. Nach der Stimmabgabe des Wählers ist der Tisch in der Wahlkabine zu desinfizieren.
6. Hinsichtlich der Verwendung von Schreibstiften für die Stimmabgabe gelten folgende Alternativen:
  - Der Wähler kann einen eigenen, mitgebrachten Schreibstift verwenden.
  - Es können die Schreibstifte im rotierenden Verfahren mit den Stimmzetteln aus- und zurückgegeben werden und sind dann vor jedem erneuten Gebrauch zu desinfizieren.
  - Es ist jedem Wähler mit dem Stimmzettel ein Schreibstift auszuhändigen, den er anschließend mitnehmen darf oder der anschließend entsorgt wird.

In den Wahlkabinen werden keine Schreibstifte ausgelegt.

Die Kreisordnungsbehörde kann als zuständige Infektionsschutzbehörde weitergehende Anordnungen treffen, sofern dies aus epidemiologischer Sicht notwendig ist.

Das Hygienekonzept muss mit Blick auf das Infektionsgeschehen gegebenenfalls fortgeschrieben werden.